

## Müllgebühren, effizientes Bauen und Schwimmende Solarparks - FDP setzt Themen

### Presse-Überblick zum FDP-Sommer-Pressesgespräch

mit

Rudolf Kretz-Manteuffel, Fraktionsvorsitzender und

Constantin Borges, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Erschienen in folgende NRZ-Ausgaben: Wesel, Dinslaken, Rheinberg und Moers

Geschrieben von Susanne Zimmermann

## Abfallgebühren, Neubauten, schwimmende Photovoltaik: FDP setzt Themen

In der kommenden Sitzungsperiode des Kreistages wollen die Liberalen vor allem drei Projekte vorantreiben – Bürger entlasten, Geld sparen, Energie gewinnen

Susanne Zimmermann

**Kreis Wesel.** Nachdem die Abfallgebühren im Kreis Wesel gesunken sind – der Asdonkshof ist abbezahlt – stehen nun neue Erhöhungen an: Das Brennstoffemissionshandlungsgesetz (BEHG) wird novelliert, von 2023 an soll neben Kohle, Öl und Gas auch die Verbrennung von Gewerbemüll und Siedlungsabfällen mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe belegt werden. Das treibt die FDP im Kreistag Wesel um.

Ein weiteres Thema für die Liberalen ist ihr Ziel, die Bau- und Immobilienverwaltung des Kreises auf neue Füße zu stellen, außerdem wollen sie schwimmende Solar-

parks als Nachnutzung des Kiesabbaus forcieren. Drei Punkte, die die FDP jetzt vorantreiben will.

Kein Freund von Resolutionen, schwebt Fraktionschef Rudolf Kretz-Manteuffel in Sachen Abfallgebühren dennoch eine gemeinsame Erklärung des Kreistags vor.

35 Euro CO<sub>2</sub>-Abgabe pro Tonne Siedlungsmüll im ersten Jahr, das wären schlimmstenfalls rund 3,5 Millionen Euro Mehrkosten, die auf die Gebührenzahler umgelegt werden müssten, so die FDP. Für die Bürgerinnen und Bürger komme die Mehrbelastung zur Unzeit. „Die Klimaschutzwirkung geht gegen Null und die Menschen werden zusätzlich zur hohen Inflation und



Rudolf Kretz-Manteuffel (li) und Constantin Borges WEISSENFELS/FFS

den noch stärker gestiegenen Energiepreisen zur Kasse gebeten“, kritisiert der Fraktionschef.

Die Kreis Weseler Abfallgesellschaft habe gut gewirtschaftet: Gewerbe- und Siedlungsabfall seien voneinander getrennt, der Siedlungsabfall gebührenfinanziert und

damit kostendeckend. Mit dem Gewerbeabfall, der auf dem freien Markt gehandelt wird, habe die KWA mehr als neun Millionen Euro Gewinn im vergangenen Jahr erzielt, so Kretz-Manteuffel. Nicht nur die FDP befürchtet, dass diese Gewinne wegbrechen werden, weil Unternehmen ihren Abfall in andere EU-Länder exportieren, um die deutsche CO<sub>2</sub>-Abgabe zu umgehen.

Deutlich mehr Einfluss als hier hat der Kreistag auf die Frage der Immobilienverwaltung: Constantin Borges, Vize-Fraktionsvorsitzender der Liberalen kritisiert, dass hohe Kosten am Campus Moers entstanden sind, weil „viele nicht richtig geplant oder durchdacht“ war, die

Bauverwaltung zu wenig Personal und keine Erfahrung mit Neubauten habe. Immer wieder seien kostenintensive Nachbesserungen und Verzögerungen angefallen, aus ursprünglich veranschlagten 77 Millionen Euro seien inzwischen rund 150 Millionen geworden.

Weil Fachpersonal auf dem freien Markt mehr Geld verdienen kann als in einer Verwaltung, will die FDP eine Bauregiegesellschaft als kreiseigene Tochter ausgliedern. Im Nachbarkreis Kleve sei das Modell seit mehr als 20 Jahren erfolgreich. Und die Zeit dränge: Das Berufskolleg Dinslaken sei mit 120 Millionen veranschlagt, der Umbau des BK Wesel mit 40 Millionen und der

Neubau zweier Förderschulen mit je 50 Millionen Euro.

Beim Thema Energiewende sehen die Liberalen eine Chance für den Kreis Wesel in der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes. Floating Photovoltaik, auf Baggerseen schwimmende Solaranlagen, sind nun zulässig. Noch fehle das Planungsrecht, das bald in den Landesentwicklungsplan einfließen soll. „Wir erhoffen uns eine Initialzündung vom Landrat, der alle Akteure an einen Tisch holen sollte“, so Rudolf Kretz-Manteuffel. Genehmigungsbehörde für die Nachnutzung der Baggerseen ist der Kreis Wesel, der schnell Genehmigungsverfahren in die Wege leiten solle.

Erschienen in folgenden Ausgaben der Rheinischen Post: Wesel, Dinslaken, Moers

Geschrieben von Fritz Schubert

## Kreis-FDP will Müllpreis in Grenzen halten

Abfallkosten, Bauprojekte und Photovoltaik sind die nächsten Schwerpunkte der Liberalen im Kreistag.

VON FRITZ SCHUBERT

**KREIS WESEL.** Kaum ist die Müllverbrennungsanlage Asdonkshof abbezahlt, was zu deutlich günstigeren Gebühren und obendrein zu einem Überschuss von neun Millionen Euro im Kreishaushalt geführt hat, droht Ungemach durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Die will Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck schon ab 2023 auch auf Siedlungsabfall anwenden und nicht bis 2026 warten, wenn die EU die Regulierung übernimmt. Die FDP-Fraktion im Weseler Kreistag reht sich ein in die Reihe der Kritiker und will eine Resolution einbringen.

„Kohle und Öl können in der Erde bleiben, der Abfall aber nicht in der Tonne“, bringt FDP-Fraktionschef Rudolf Kretz-Manteuffel seinen Ärger plakativ auf den Punkt. Es würden überdies nicht die belastet, die zu verbrennenden Abfall in Verkehr bringen, sondern die, die den gesetzlichen Auftrag haben, diesen zu entsorgen. In diesem Fall die Kreis-



Die KWA soll auch für Hausmüll eine CO<sub>2</sub>-Abgabe zahlen. Die richtet sich dann nicht nach dem, was aus dem Schornstein kommt, sondern nach den angelieferten Mengen.

RP FOTO: KREBS

Weseler Abfallgesellschaft (KWA). Was die Novelle des BEHG (Brennstoffemissionshandlungsgesetz) am Ende in Euro und Cent für einen Durchschnittshaushalt bedeutet, lässt sich zwar noch nicht sagen, aber die Kreis-Liberalen rechnen im Jahr mit Mehrkosten von 3,5 Millionen Euro für die KWA, die dann in die Gebührens kalkulation einfließen müssten.

Kretz-Manteuffel, der mit seinem Vize Constantin Borges in Wesel politische Schwerpunkte der Kreis-

FDP für die nächsten Sitzungen vorstellte, hofft nun auf viele Mitstreiter zur Verabschiedung der Resolution. Im Aufsichtsrat der KWA sei man jedenfalls einer Meinung.

Kosten in Grenzen halten wollen die Liberalen auch auf einer anderen Ebene. Hintergrund sind schlechte Erfahrungen mit dem Bau des Berufsschul-Campus' in Moers (mal mit 77 Millionen kalkuliert, aktuell auf 130 Millionen Euro beziffert) sowie zu beobachtende Fehlentwicklungen. Gegensteuern soll laut Bor-

ges eine Art Bauregiegesellschaft nach dem Vorbild im Kreis Kleve. Sie soll mit Fachleuten, die losgelöst von Besoldungsstrukturen der Verwaltung besser bezahlt werden können, galoppierende Preise zügeln und sich so rentieren. Hintergrund des Antrags sind anstehende Projekte mit einem geschätzten Gesamtvolumen von mehr als 300 Millionen Euro. Sie betreffen die Neubauten von zwei Förderschulen in Kamp-Lintfort und Voerde, den Neubau des Berufskollegs in Dinslaken und die Sanierung des Berufskollegs in Wesel.

Aktiv werden soll die Kreisverwaltung in Sachen schwimmende Photovoltaik-Anlagen auf Baggerlöchern. Den Pilotprojekten könnten nun echte folgen. Möglich mache dies eine Änderung im Wasserhaushaltsgesetz. Auf Landesebene wird ein Erlass zu Rahmenbedingungen erwartet. Die FDP möchte, dass die Verwaltung für ein schnelles Genehmigungsverfahren sorgt, „damit der Kreis Wesel hier Vorreiter sein kann“.